

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Hans Koschnick, stellvertretender Vorsitzender der SPD, fordert zum 30. Jahrestag des Grundgesetzes zu den Kernaussagen vorzustoßen. Seite 1/2

Reinhard Scheibe MdL, Mitglied des NDR-Rundfunkrats, vorweist zum Auftakt der NDR-Staatsvertragsverhandlungen auf das Ergebnis eines Hearings in Hannover. Seite 3/4

Karl Ravens MdL, Fraktionsvorsitzender der SPD im niedersächsischen Landtag, würdigt den früheren Ministerpräsidenten Alfred Kubel anlässlich seines 70. Geburtstages am 25. Mai. Seite 5

Herbert Brückner, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, setzt sich für eine Neuorientierung der Gesundheitspolitik ein. Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 98

23. Mai 1979

Dreißig Jahre Grundgesetz

Zu den Kernaussagen vorstoßen

Von Hans Koschnick
stellvertretender Vorsitzender der SPD

Zur 30. Wiederkehr des Inkrafttretens des Grundgesetzes verbieten sich oberflächliche Lobpreisungen von selbst. Der Anlaß verpflichtet, zu den Kernaussagen unseres Grundgesetzes vorzustoßen und sie zu bekräftigen.

Zunächst einmal: Das Grundgesetz ist einer der am wenigsten bekannten Texte in der Bundesrepublik. Die soziale Wirklichkeit hat sich weitgehend abseits vom Grundgesetz selbständig gemacht.

Selbst bei der großen Zahl der Anhänger der drei großen Parteien ist es - laut Umfrage - mit der Kenntnis des Verfassungstextes nicht weit her. Dieses Ergebnis ist ein Alarmzeichen und ein Grund mehr, das Grundgesetz in Zukunft gezielter auf die Tagesordnung der Bundesrepublik zu setzen.

Mir scheint es wichtig, unter den vielen möglichen Gesichtspunkten einen besonders herauszustellen. Das Grundgesetz ist 1949 unter anderem gemeinsam mit den Stimmen von SPD und CDU zustande gekommen. Nur steht aber die damalige Einmütigkeit bei seiner Verabschiedung in krassen Widerspruch zum gegenwärtigen Auseinanderleben der Parteien, zur Polarisierung zwischen den maßgebenden politi-

schen Kräften in diesem Lande. Das Ausheben von ideologischen Gräben und das stillschweigende Dulden weltanschaulich ausgerichteter Kreuzzugsideen als Meßlatte der Politik widerspricht jedoch der Absicht des Grundgesetzes.

Nicht wenige Aufträge des Grundgesetzes sind nach wie vor unerfüllt. Dieses Defizit fällt zusammen mit einer Fülle von Folgeproblemen unserer Industriegesellschaft, die auf einem fragwürdigen Verständnis von Wirtschaftswachstum beruht. In dieser Lage sagt uns das Grundgesetz: Die Verweltanschaulichung der Politik muß aufhören! Die fälligen Entscheidungen für die großen Zukunftsfragen der Deutschen erfordern Nüchternheit, Sachkenntnis und Übereinkunft in den Wertvorstellungen des Grundgesetzes. Der Wettstreit der Parteien untereinander muß wieder in der Übereinkunft mit dem Grundgesetz, und nicht daran vorbei geführt werden. Andernfalls käme zu der hier und da feststellbaren Vernachlässigung der Vergangenheitsbewältigung auch noch die Unfähigkeit zur Zukunft.

Dennoch dürfen wir das Grundgesetz nicht überfordern. Es ist, wie Gustav Heinemann es einmal formuliert hat, ein Angebot. Und ich füge hinzu: Aus dem Grundgesetz darf kein Text werden, der aus dem politischen Alltagsgeschäft entrückt wird und dem man hier und da in schönen Reden gerecht zu werden sucht.

Dieser Angebotscharakter konkretisiert sich heute in erster Linie darin, die Offenheit des Grundgesetzes für eine Wirtschafts- und Sozialordnung gegen Versuche einer frühzeitigen Festschreibung zu verteidigen. So dürfen zum Beispiel wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen nicht als von der Verfassung gefordert oder verworfen betrachtet werden.

Aus diesem Grunde ist es unverzichtbar, daß der geeignete Weg in eine menschenwürdige Zukunft nicht in der Sackgasse des Dogmenstreits endet, sondern seine Verlängerung im Aufeinanderzugehen der Parteien findet. Wir müssen uns in der Bundesrepublik endlich einmal daran gewöhnen, daß ein Mehr an Gemeinsamkeit in der Innenpolitik nicht die automatische Aufkündigung von Grundsatzpositionen im Inhaltlichen bedeuten muß.

Wenn es eine Nutzenanwendung aus dem 30jährigen Bestehen des Grundgesetzes gibt, dann die, daß die Änderung des innenpolitischen Klimas und des Miteinanderumgehens der politischen Parteien die Voraussetzung dafür ist, zum Kern des Verfassungsauftrages zurückzufinden. (-/23.5.1979/hi/ca)



Großes Plädoyer für den Erhalt

"Kein Verantwortlicher darf die Auflösung des NDR wollen"

Von Reinhard Scheibe MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied des NDR-Rundfunkrats

Der Norddeutsche Rundfunk hat mehr Freunde als man nach der Art, wie die öffentliche Diskussion in den letzten Monaten über ihn geführt worden ist, glauben sollte. Zwei Tage lang waren Sachverständige und die Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen beim NDR-Hearing der SPD-Landtagsfraktion in Hannover zusammen. Die Veranstaltung geriet zum großen Plädoyer für die Erhaltung des NDR. Dies sollte bei den heute beginnenden Staatsvertragsverhandlungen berücksichtigt werden.

Die Absicht der Veranstalter: Die Auswirkungen einer Auflösung des Norddeutschen Rundfunks sollten erörtert werden, um das Maß der Verantwortung der über einen neuen Staatsvertrag verhandelnden Landesregierungen deutlich zu machen, aber auch um sich selbst ein konkretes Bild darüber zu verschaffen, welchen Stellenwert das politische Ziel, Erhaltung der Drei-Länder-Anstalt NDR, gegenüber anderen, möglicherweise bei den Verhandlungen konkurrierenden politischen Zielen hat.

Die Ergebnisse der zweitägigen Diskussion sind eindeutig:

1. Es ist unumstritten, daß eine Auflösung des Norddeutschen Rundfunks ausschließlich schwerwiegende negative Auswirkungen hätte.
2. Die ARD wäre nach der Auflösung des NDR aus rundfunkpolitischen Gründen gefährdet. Eine sinnvolle Programmgestaltung der ARD wäre ebenfalls in Frage gestellt. Es wären auf alle Fälle substantielle Verluste für das Gemeinschaftsprogramm zu erwarten. Die ARD ist für ihr Gemeinschaftsprogramm auf den NDR angewiesen.
3. Eine Auflösung des NDR ist ökonomisch nicht vertretbar, mindestens aber nicht begründbar, weil für drei Nachfolgeanstalten erhebliche finanzielle Mehraufwendungen erforderlich wären.
4. Da für etwaige drei Nachfolgeanstalten keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung stünden und eine Finanzierung durch den ARD-Finanzausgleich ausgeschlossen werden muß, müßte mit einer erheblichen Leistungs- und Qualitätsminderung des Fernseh- und Rundfunkprogramms in Norddeutschland gerechnet werden.
5. Von besonderer Bedeutung sind die rechtlichen Probleme, die entstehen, wenn sich die Länder nicht kurzfristig über einen neuen Staatsvertrag einigen.



genauestens untersucht werden, ob die Kündigung des Staatsvertrages wirksam ist und ob Schleswig-Holstein durch die Kündigung lediglich aus dem NDR ausscheidet.

Im zweiten Teil des Hearings hatten die gesellschaftlichen Gruppen das Wort: Alle eingeladenen Organisationen haben sich ohne Einschränkung für die Drei-Länder-Anstalt NDR eingesetzt. Am deutlichsten brachte ein Vertreter der evangelischen Kirchen, Präsident Dr. Frank, die übereinstimmende Auffassung zum Ausdruck: "Kein Verantwortlicher darf die Auflösung des NDR wollen."

Dann allerdings ist auch die Formulierung unumstößlicher politischer Bedingungen für den Fortbestand des NDR, wie sie besonders Ministerpräsident Albrecht vorgenommen hat, als unverantwortlich zu werten. Unbeabsichtigt wurde die Ermöglichung privater Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen aufgrund der von Albrecht ausgelösten Auseinandersetzung um diese Frage ein wesentlicher Punkt der rundfunkpolitischen Diskussion des Hearings. Die Ergebnisse der Sachverständigendiskussion bedürfen einer gesonderten Auswertung. Soviel allerdings ist klar: Gegen privaten Rundfunk und privates Fernsehen bestehen überwiegend grundsätzliche Bedenken. Daneben aber sind auch die praktischen Probleme, die dadurch entstehen würden, völlig ungeklärt. Fest steht, daß die private Konkurrenz nachteilige Auswirkungen auf das Programm der öffentlichen Anstalten hätte.

Für die Haltung der CDU ist bezeichnend, daß sie just zu dem Zeitpunkt, als der Programmdirektor der ARD, Schwarzkopf, vor dem negativen Beispiel Großbritannien warnte, Albrechts Pläne für einen Bruch des Sendemonopols begrüßte und das Fernsehen in Großbritannien als "beispielhaft" bezeichnete.

Für den NRD wäre wichtig, daß die nun voll entbrannte Privatisierungsdebatte nicht mit den Staatsvertragsverhandlungen verknüpft wird. Dieser Appell, den der Vorsitzende der ARD, von Sell, formulierte, sollte von den Landesregierungen - besonders der in Hannover - nicht überhört werden. Das Schicksal des Norddeutschen Rundfunks darf nicht davon abhängig sein, ob wir in der ganzen Republik den gefährlichen Weg in die Kommerzialisierung von Funk und Fernsehen antreten. (-/ 23.5.1979/ks/ca)

+ + +



Disziplin und Pflichterfüllung

Alfred Kubel wird am 25. Mai 70 Jahre alt

Von Karl Ravens MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Alfred Kubel hat sich durch eine Reise ins Ausland allen Feierlichkeiten und Ehrungen anlässlich seines 70. Geburtstages entzogen. Seinen politischen Freunden bleibt deshalb nur, an diesem Tage und auf diesem Wege ihre Glückwünsche für Alfred Kubel öffentlich auszusprechen.

Mit Alfred Kubel ehren wir einen Politiker, dessen Wirken Maßstäbe für die Wahrnehmung politischer Verantwortung gesetzt hat. Der nach ihm in diese Verantwortung einrückenden Generation aller demokratischen Parteien hat Alfred Kubel vorgezeichnet, daß zur Führung in der Demokratie nur fähig ist, wer dem Volke die Wahrheit sagt, statt um Wählergunst zu buhlen. Alfred Kubel sah sich immer in der Pflicht, dem Bürger gegenüber wahrhaftig zu bleiben, auch um den Preis des Unpopulären. Alfred Kubel konnte unbequem sein, wo die Sache es erforderte. Er war zutiefst davon überzeugt, daß Vertrauen des Volkes in die Politik nur wachsen kann, wenn sich die Politiker ihrerseits von moralischen und ethischen Prinzipien leiten lassen, die in der Wahrung und der Verteidigung von Freiheit, Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit ihre Wurzeln haben.

Mit der ihm eigenen Überzeugungstreue hat Alfred Kubel nach lebensgefährlichen Jahren des Widerstandes gegen die NS-Tyrannei mehr als drei Jahrzehnte dem Lande gedient, von 1945 bis 1976: Als junger Ministerpräsident des damaligen Landes Braunschweig, an der Seite von Hinrich Wilhelm Kopf und Georg Diederichs, als verantwortlicher Landesminister für die Bereiche Wiederaufbau, Arbeit, Gesundheit, Soziales, Landwirtschaft und Finanzen, und schließlich als Ministerpräsident. Gründung, Auf- und Ausbau der Hannover-Messe sind untrennbar mit seinem Namen verbunden.

Alfred Kubels pragmatischer Sinn für das Machbare und sein Durchsetzungsvermögen verbanden sich bei der Führung seiner Regierungsgeschäfte stets mit einer Grundsatztreue, die von einem hohen moralischen Anspruch an die Politik gekennzeichnet war. Disziplin und Pflichterfüllung prägten Alfred Kubel und sein Tun. Das hat ihm Respekt und Anerkennung auch bei seinen politischen Gegnern verschafft.

Alfred Kubel ist aus der aktiven Politik ausgeschieden. Politiker ist er geblieben. Eine der Aufgaben, die er übernommen hat, charakterisiert ihn besonders: Als Vorsitzender des Kuratoriums des Georg-Eckert-Instituts will er helfen, daß die Vorurteile der europäischen Länder untereinander abgebaut werden. In den Schulbüchern unserer Kinder soll damit ein Anfang gemacht werden. Sein persönlicher Freund Georg Eckert hatte damit begonnen, Alfred Kubel führt das Werk fort.

Unser Glückwunsch zu seinem 70. Geburtstag ist verbunden mit der Hoffnung, daß Alfred Kubel noch lange seinen politischen Freunden und dem Lande mit seinem Rat zur Verfügung stehen möge.

(-/23.5.1979/va-he/ca)



Neuorientierung der Gesundheitspolitik

Den Einzelnen vor krankmachenden Umwelteinflüssen schützen

Von Herbert Brückner

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Der 16. Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten (ASG) im Gesundheitswesen vom 4. bis 6. Mai in Dortmund hat die Entschlossenheit sozialdemokratischer Gesundheitspolitiker deutlich gemacht, in der Gesundheitspolitik in der Bundesrepublik neue Schwerpunkte zu setzen. Hauptanliegen des Kongresses in der Dortmunder Westfalenhalle war die Forderung nach einer Politik, die sich in Ergänzung zur traditionellen - vornehmlich kurativen - Gesundheitspolitik künftig verstärkt daran orientiert, Kranksein zu mindern und Krankheiten zu verhindern. Hauptziel der Sozialdemokraten ist es dabei - so unterstreichen die Beratungen zum Komplex Prävention - die gesundheitliche Vorsorge insbesondere dort zu stärken und auszubauen, wo sich der Einzelne nicht selbst vor Krankheiten schützen kann: Am Arbeitsplatz und in anderen Bereichen, in denen er krankmachenden Umwelteinflüssen ausgesetzt ist. In dem entsprechenden Beschluß des Bundeskongresses heißt es hierzu unter anderem: "Prävention muß weit über die Gesundheitspolitik im engeren Sinne hinausreichen. Die Verhinderung gesundheitlicher Beeinträchtigungen, die Erhaltung und Schaffung gesunder Lebensbedingungen muß über verbale Zugeständnisse hinaus in allen Politikbereichen einen neuen Stellenwert erhalten."

Dabei ist - dies die Position der ASG - die Schaffung gesunder Lebensbedingungen und der Abbau gesundheitlicher Beeinträchtigungen nicht nur eine gesundheitspolitische Aufgabe von Rang, sondern ein politisches Leitziel, das im Spektrum der zu leistenden politischen Zukunftsaufgaben Vorrang vor anderen Politikbereichen und Ressorts verdient. Dementsprechend sind die Zielsetzungen anderer politischer Schwerpunktbereiche wie der Verkehrspolitik, des Wohnungsbaues, der Arbeitsplatzgestaltung, der Industriean siedlung und der Verbraucherpolitik unter gesundheitlichen Prämissen neu zu überdenken und gegebenenfalls neu zu strukturieren.

Die von der ASG geforderte Neuorientierung der Gesundheitspolitik zur Prävention bedingt nach Auffassung des Bundeskongresses gleichzeitig und gleichgewichtig eine Reform der Aus- und Weiterbildung der Berufe im Gesundheitswesen. Als Diskussionsanstoß in diesem Bereich entwarf der ASG-Kongreß sein sogenanntes Ärztepapier, das nach einer ersten Beratungsrunde auf dem Bundeskongreß nunmehr einer breiten Meinungsbildung in den Gremien aller Beteiligten und Betroffenen unterzogen werden soll. Ein weiterer Beratungsschwerpunkt des Dortmunder Kongresses war schließlich die psychosoziale und die psychiatrische Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Vorrangig und schwerge-
wichtig drängt die ASG im Bereich der klinisch-stationären Versorgung auf eine Human-



sierung der Arbeitsabläufe in den Krankenhäusern unter anderem durch liberale Besuchszeitenregelungen sowie patientenzentrierte Behandlungs- und Pflegeformen. In der psychiatrischen Versorgung schließlich sind Schwerpunkte in einem ausreichenden ambulanten Behandlungsangebot und in der Abdeckung aller finanziellen Leistungen durch die RVO zu setzen.

Die von der ASG in Dortmund umrissenen Orientierungspunkte einer neuen Gesundheitspolitik sind in der Praxis nur dann durchsetzbar, wenn die traditionellen Strukturen im deutschen Gesundheitswesen zur Diskussion gestellt werden und wenn darüber hinaus Verbände und Berufsorganisationen dem Gesundheitswesen Beteiligten zum Überdenken ihrer Positionen und zu Einstellungsveränderungen bereit sind.

Dies zu leisten, überkommene Strukturen aufzubrechen und den Boden für eine qualitative Fortentwicklung unseres Gesundheitswesens zu bereiten, wird eine der zentralen Aufgaben des in Dortmund neu gewählten ASG-Vorstandes sein. Nach der Verabschiedung Ihrer gesundheitspolitischen Leitsätze durch die SPD im vergangenen Jahr und nach der Ergänzung dieser Leitsätze durch die Beschlüsse des letzten ASG-Kongresses ist es nunmehr Verpflichtung der neuen ASG-Führung, die theoretischen Positionen sozialdemokratischer Gesundheitspolitik in praktische Politik umzusetzen. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, die in Regierungs- oder parlamentarischer Verantwortung stehenden Sozialdemokraten bei der Ausfüllung und Durchsetzung der gesundheitspolitischen Grundsätze zu unterstützen.

Die vom neuen ASG-Vorstand angestrebte Realisierung sozialdemokratischer gesundheitspolitischer Ziele bedingt zwingend eine enge Zusammenarbeit und Kooperation der ASG zur Partei auf Bundesebene, in denen Ländern und Bezirken, zu den übrigen Arbeitsgemeinschaften sowie zu den sozialdemokratischen Fraktionen im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Außerdem gilt es, die Zielsetzung einer verstärkt vorsorgenden Gesundheitspolitik gemeinsam mit den Gewerkschaften - und hier insbesondere mit den Gewerkschaftsvertretern der im Gesundheitswesen beschäftigten Arbeitnehmern, der ÖTV - fortzuentwickeln und durchzusetzen. Bündnispartner für die Realisierung einer verstärkt an der Prävention orientierten Gesundheitspolitik sind zudem die Krankenkassen und in ihnen im besonderen Maße die Vertreter der Gewerkschaften in den Selbstverwaltungsorganen.

Parallel zur Aktivierung von Bündnispartnern zur Durchsetzung einer neuorientierten vorsorgebezogenen Gesundheitspolitik steht der neugewählte ASG-Vorstand vor der Aufgabe, die eigene innerparteiliche Basis zu verbreitern. Die Motivierung größerer Kreise der Partei zur aktiven Mitarbeit in der ASG sowie die Gründung neuer ASG-Gruppen in Bezirken und Unterbezirken sind als Voraussetzung für die Weiterverfolgung jener Impulse und Aktivitäten anzusehen, die vom 16. Bundeskongreß der ASG ausgegangen sind.

(-/23.5.1979/v0-he/ca)

